

Zeltweger

Nummer 108 www.kpoe-steiermark.at

NACHRICHTEN

Ausgabe 108, Mai 2018, zugestellt durch Post.at

Zeitung der **KPO ZELTWEG**

Feindbild Russland: Wir brauchen Frieden und Völkerverständigung statt Aufrüstung und Kriegshetze!

Papst Franziskus hat gemahnt, wir würden uns schon jetzt in einer Art „Drittem Weltkrieg“ befinden. Die Rüstungsausgaben boomen, die Rüstungsindustrie macht „Bombengewinne“. Die Gefahr für den Weltfrieden ist groß. Deshalb widmen wir diesem Thema unsere Titelseite.

Ängste und Unsicherheit werden geschürt, neue Feindbilder geschaffen, alte Feindbilder wiederbelebt. Von PolitikerInnen und Medien erschallt der Ruf „Wir sind die Guten“ und „Wir brauchen noch mehr Waffen“. So wird die Bevölkerung auf künftige Kriegsgänge vorbereitet. Die Angriffsrhetorik lässt befürchten, dass Iran und Russland als nächste Kriegsziele aufgebaut werden.

Feindbild Russland

Ohne Beweise wird Russland für den Anschlag auf einen Agenten verantwortlich gemacht. Diplomaten werden ausgewiesen, Sanktionen verhängt, ein Medienkrieg entfacht. Es wird so getan, als ginge von Russland eine Gefahr für den Weltfrieden aus. Die USA haben neue Sanktionen gegen Russland verhängt: Die Begründung für die Sanktionen: „Sie gründen sich auf das wachsende Muster bössartiger Aktivitäten Russlands in der Welt.“

Die geschichtlichen Tatsachen,

zeichnen ein anderes Bild: Russland hat Europa noch nie angegriffen, wurde selbst aber zweimal überfallen. Die Sowjetunion hat ihre Truppen friedlich aus der DDR abgezogen und die Wiedervereinigung Deutschlands ermöglicht. Dafür wurde das Versprechen gegeben, dass sich die NATO nicht nach Osten ausdehnen wird. Dieses Versprechen wurde gebrochen.

Heute sind Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Albanien, Kroatien und Montenegro NATO-Mitglied. Die NATO, und damit die US-Militärstützpunkte, sind ganz nahe an Russland herangerückt.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion wurde der Warschauer Pakt aufgelöst. Die NATO blieb bestehen und hat zudem ihre Militärdoktrin vom einem Verteidigungsbündnis zu einem Bündnis, das auch Angriffskriege führt, umgeändert. 2002 wurde der wichtige ABM-Rüstungsbegrenzungsvertrag zwi-

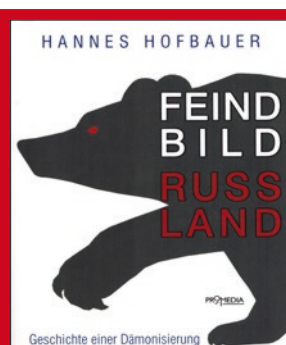


schen Russland und den USA von den USA einseitig gekündigt. In den letzten Jahrzehnten wurden von den USA und der NATO viele Kriege (Jugoslawien, Irak, Libyen, Syrien...) ohne UNO-Mandat als völkerrechtswidrige Angriffskriege geführt.

Russland: Bedrohung für den Weltfrieden?

Laut Wikipedia unterhält die USA weltweit rund 1.000 Militärbasen, Russland betreibt 25.

Fortsetzung ➔



Einladung zur Buchpräsentation und Diskussion
Feindbild Russland
mit Hannes Hofbauer, Historiker, Buchautor und Verleger
Dienstag, 29. Mai 2018
Neues Volkshaus, Reselgasse 2,
Knittelfeld, Beginn: 19.30 Uhr
Wir laden Sie herzlich ein!

KPO wirkt!

KPO
BILDUNGSVEREIN

Fortsetzung ➔

Die NATO besitzt 33 Flugzeug- und Hubschrauberträger, Russland einen. Laut dem Schwedischen Friedensforschungsinstituts betragen die Militärausgaben der USA im Jahr 2016 **611 Milliarden Dollar**. Die Ausgaben aller NATO-Staaten lagen bei rund **911 Milliarden Dollar**. Zum Vergleich: Die Ausgaben Russlands in der Höhe von **69,2 Milliarden Dollar** betragen knapp acht Prozent der Ausgaben der NATO-Staaten.

Ohne Frieden ist alles nichts - wir brauchen eine Friedensbewegung
Nach dem Zweiten Weltkrieg ging der Aufschrei

„Nie wieder Krieg“ um die Welt. Davon ist heute nicht mehr viel übrig. Zuerst werden Feindbilder aufgebaut, der politische Gegner dämonisiert und entmenslicht. Gleichzeitig wird uns eingeredet, es ginge um den Schutz von Menschenrechten und Demokratie.

In Wahrheit werden Kriege vor allem aus wirtschaftlichen Interessen geführt. Wir brauchen Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung und eine neue Friedensbewegung. Jeder und jede ist aufgerufen etwas dafür zu tun. Das ist eine Zukunftsfrage, denn kommt es zu einem militärischen Konflikt mit Russland, wird dieser auch in Europa ausgetragen werden.

Broschüre Ausstellung 50 Jahre Zeltweg



Die Bilder des „Jubiläumspfad“, der im Rahmen der 50-Jahr-Feiern der Stadterhebung Zeltwegs errichtet wurde, sind sehr beliebt. Sie geben einen guten Rückblick auf die Stadtentwicklung, das Vereinsgeschehen und das gesellschaftliche und kulturelle Leben in Zeltweg.

Deshalb hat KPÖ-GR Peter Lorberau im Gemeinderat angeregt, die Gemeinde sollte die Bilder in Form

einer Broschüre zusammenfassen. Der Bürgermeister versprach die Idee zu prüfen.

Wir meinen es wäre besonders interessant, die bestehende Bildersammlung noch durch weitere Ereignisse, die für Zeltweg wichtig waren, zu ergänzen. Der Widerstand gegen den Ankauf der Draken und die Verhinderung der Mülldeponie im Murwald wären z.B. solche Ereignisse.



Einladung zum KPÖ-Stammtisch

Reden, diskutieren, sich informieren
 Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat

KPÖ-Parteiheim, Knittelfeld, Friedensstraße 10, ab 17.00 Uhr

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

- ➔ Über Probleme in der Gemeinde oder Verbesserungsvorschläge
- ➔ Über unsere Gemeindezeitung
- ➔ Über andere Fragen und Probleme

Einzusenden an: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10
 8720 Knittelfeld, oder per Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at

Unter allen Einsendungen verlosen wir zwei Bücher „Illegale Kriege“ des Schweizer Friedensforschers Dr. Daniele Ganser.

Aus dem Gemeinderat

City-Taxi

Die Gemeinde hat mit den Firmen Novak und Murtal Taxi Vereinbarungen über den Betrieb des City-Taxis abgeschlossen. Seit 2008 betrug das Entgelt, das die Gemeinde bezahlt, 3,50 Euro pro Fahrt. Dieser Betrag wurde nun auf 3,70 Euro angehoben. Auf unsere Nachfrage hin wurde versichert, dass diese Erhöhung nicht an die ZeltwegerInnen weitergegeben wird.

Verkehrsüberwachung

Ursprünglich wollte die Gemeinde in Kooperation mit der Gemeinde Fohnsdorf über das Beschäftigungsprogramm „Aktion 20.000“ einen Mitarbeiter finden, der die Überwachung des ruhenden Verkehrs übernimmt. Diese Aufgaben hätten kostengünstiger und in einem größeren zeitlichen Umfang durchgeführt werden können.

Nun hat die ÖVP/FPÖ Regierung die Aktion 20.000 gestoppt. Deshalb kann dieser Arbeitsplatz nicht geschaffen werden. Die Parkraumüberwachung wird nun neu ausgeschrieben.

Einsparungen Wirtschaftszentrum

Der Verein Sportzentrum wurde vom Gemeinderat beauftragt im Sportzentrum Einsparungsmaßnahmen umzusetzen. Nun wurde dem Gemeinderat die Umsetzungsschritte berichtet. So wurde der Posten des Koordinators der Tennishalle nicht nachbesetzt, die Betriebszeiten der Sauna und des Abendlanglaufs reduziert, die Sachkosten eingefroren, auf LED-Beleuchtung umgestellt und die Eintrittspreise um drei Prozent angehoben.

Für 2018 rechnet man damit, dass sich der Subventionszuschuss, den die Gemeinde bezahlt, um 27.600 Euro auf 799.300 verringern wird.

Neue EDV-Systeme

Das Land hat beschlossen die Rechnungslegung der Gemeinde von der so genannten Kameralistik auf die Doppik umzustellen. Deshalb sind auch umfangreiche EDV-Umstellungen nötig. Zudem wurde auch für andere Verwaltungsbereiche eine neue Software angeschafft. Mit der Firma „Comm-Unity“ wurde ein Vertrag abgeschlossen. Die Einmalkosten belaufen sich auf rund 98.600 Euro. Die laufenden Kosten liegen bei rund 35.000 Euro.

Nachdem es ja eine Entscheidung des Landes war, das Rechenwesen umzustellen, waren wir der Meinung, dass es auch Förderungen des Landes für die EDV-Kosten geben sollte. Der Bürgermeister berichtete daraufhin, dass es keine Landesförderungen gäbe.

Liebe Zeltwegerinnen und Zeltweger!

ÖVP/FPÖ Regierung: Zerschlagung der AUVA und andere Grausamkeiten!

Nun ist die Runde der Landtagswahlen vorbei. Der ORF schreibt: „Doch nun haben ÖVP und FPÖ wahltechnisch ein längeres Zeitfenster. Es soll bereits Überlegungen geben, um umstrittene Maßnahmen mit möglichst geringen Turbulenzen über die Bühne zu bekommen.“ So steht nun z.B. die Zusammenlegung der Sozialversicherungen, die Umsetzung des Freihandelsabkommens CETA oder der „12-Stunden-Tag“ auf der Tagesordnung.

Bereits jetzt hat sich gezeigt, dass die ÖVP/FPÖ-Regierung vor allem im Interesse der Unternehmer handelt. Die geplante Zerschlagung der AUVA ist dafür ein trauriges Beispiel. 500 Millionen Euro soll die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt „einsparen“ sonst droht die Auflösung. Die 500 Millionen sind knapp 40 % des gesamten Budgets der AUVA.

Die AUVA ist jener Sozialversicherungsträger, der sich um Arbeitsunfälle und Berufserkrankungen kümmert. Er wird daher richtigerweise auch aus den Beiträgen der Unternehmer finanziert. Derzeit müssen diese 1,3 % der Bruttolöhne an die AUVA überweisen. Sie bekommen dafür aber auch einiges an Gegenleistung, denn die AUVA kümmert sich nicht nur um die medizinische Behandlung von Arbeitsunfällen sondern beispielsweise auch um die finanziellen Entschädigungen der Betroffenen nach Arbeitsunfällen oder bei Berufskrankheiten.

Der Beitragssatz zur AUVA soll von 1,3 % auf 0,8 % gesenkt werden. Das bedeutet eine Kürzung von 500 Millionen Euro bzw. ein Geschenk von einer halben Milliarde Euro an die Unternehmen. Immer wieder wird behauptet, das könnte bei der Verwaltung gespart werden. Angesichts der Größenordnung der geplanten Einnahmekenürzungen ist das jedoch völlig unmöglich. Die Ausgaben für Verwaltung betragen lediglich rund 92 Millionen Euro, das sind 6,5 % der Ausgaben.

Damit wird klar, dass die Pläne der Regierung entweder Leistungskürzungen für die Versicherten oder eine Verlagerung der Kosten bedeuten. So steht zu befürchten, dass in Zukunft ein Teil der Kosten auf die Beschäftigten übergewälzt werden. Mit dem Slogan „Veränderung“ hat die ÖVP die Nationalratswahlen gewonnen. Leider waren damit nicht Veränderungen im Sinne der arbeitenden Menschen gemeint.

KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau
Tel: 0664/404 77 21,
Mail: p.lor49@gmail.com



8. März - Internationaler Frauentag Für Frieden und Gleichberechtigung



Auch heuer verteilte die KPÖ unter dem Motto „Für Frieden und Gleichberechtigung“ wieder Nelken zum Internationalen Frauentag. Damit will die KPÖ an die Durchsetzung der Frauenrechte erinnern. Heuer wurde die Verteilaktion mit der Aufforderung verknüpft das Frauenvolksbegehren zu unterstützen.

ÖVP stimmte gegen Vereinsförderungen

In der letzten Gemeinderatssitzung wurden Subventionen für Sportvereine beschlossen. Sie setzen sich aus Barmitteln und der kostenlosen Benützung von Gemeindeeinrichtungen zusammen.

Eishockeyverein Zeltweg	45.700 Euro
Fußballclub Zeltweg	45.540 Euro
Judoteam Zeltweg	13.770 Euro
ATUS Zeltweg	14.835 Euro
Tischtennisclub Zeltweg	20.500 Euro

Die ÖVP stimmte gegen alle Subventionen. Sie vertrat wie im Vorjahr die Meinung, die Gemeinde müsse sparen und deshalb sollten die Subventionen um zehn Prozent gekürzt werden.

Die Sportsubventionen wurden bereits 2013 um zehn Prozent gekürzt. Wir waren schon damals mit dieser Kürzung nicht einverstanden. Die Tätigkeit der Sportvereine ist wichtig für die Lebensqualität in unserer Stadt. Dadurch wird vielen ZeltwegerInnen ein breites Angebot zur sinnvollen Freizeitgestaltung gemacht, das Gemeinschaftserlebnis gefördert und die ehrenamtliche Tätigkeit hochgehalten. Das ist für alle ZeltwegerInnen, insbesondere aber für die Jugend, wichtig. Hier sollte es keine Kürzungen geben. In Wahrheit müssten wir über Anhebungen reden.



SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen Unterstützung des Frauenvolksbegehrens

Vor mehr als 20 Jahren unterzeichneten fast 645.000 ÖsterreicherInnen das Frauenvolksbegehren. Trotz dieser breiten Unterstützung fällt die Bilanz der Umsetzung mager aus. Deshalb wurde 2018 unter dem Titel „Frauenvolksbegehren 2.0“ eine Neuauflage gestartet.

Wir haben den Antrag gestellt, der Zeltweger Gemeinderat solle sich für eine Unterstützung des Frauenvolksbegehrens aussprechen und das Volksbegehren durch einen Bericht in der Zeltweger Gemeindezeitung unterstützen.

Unserem Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ keine Dringlichkeit erteilt. Er kam damit gar nicht auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung. Für die SPÖ erklärte GR Brigitte Konrad, es müsse jeder für sich selbst entscheiden, ob er das Volksbegehren unterstützt. ÖVP und FPÖ haben ihre Ablehnung nicht begründet.

Auch wenn in der Gemeindezeitung ein Artikel erscheinen würde, bleibt die Entscheidung der Unterstützung des Volksbegehrens trotzdem jeder/m selbst überlassen. Das Frauenvolksbegehren enthält viele wichtige gesellschaftspolitische Forderungen, wie z.B. die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Ein Artikel in der Gemeindezeitung würde signalisieren, dass sich der Gemeinderat mit diesen Anliegen identifiziert. In Knittelfeld und Spielberg wurde der Antrag der KPÖ angenommen. Warum man in Zeltweg das Frauenvolksbegehren nicht unterstützen will, ist für uns nicht nachvollziehbar.

Die Forderung nach gleicher Bezahlung von Männern und Frauen ist auch für Männer und für Familien wichtig. Eine Studie der Beratungsfirma PricewaterhouseCoopers hat errechnet, dass die Frauen in Österreich um fast 20 Milliarden Euro mehr in der Geldtasche hätten, würde es gleichen Lohn für gleiche Arbeit geben. Mehr Lohngerechtigkeit würde also auch das Familieneinkommen anheben

Es ist wichtig das Frauenvolksbegehren zu unterstützen, weil damit eine Diskussion darüber angestoßen wird, in welche Richtung sich unsere Gesellschaft entwickeln soll. Es geht darum ein Projekt zu unterstützen, das mehr Gleichheit und soziale Gerechtigkeit einfordert – und das ist im Interesse von Frauen und von Männern!

Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet.

**Unsere Internetadresse:
www.kpoe-steiermark.at**

Ehemalige „Säge Wasserberg“

Großes Wohnbauprojekt in Planung

Das Gelände der früheren Säge Wasserberg umfasst rund 4,4 ha und lag seit mehreren Jahren brach. Früher gehörte das ganze Grundstück der Zisterzienserabtei Stift Heiligenkreuz. 1,3 ha wurden bereits an die Rottenmanner Siedlungsgenossenschaft verkauft. Im Gemeinderat wurde von SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ die Grundsatzentscheidung gefällt, dieses Gelände für den Bau einer großen Wohnsiedlung vorzusehen.

Im Auftrag der Stadtgemeinde Zeltweg wurde von Architekten DI Günter Reissner ein „Masterplan“ erstellt, wie die zukünftige Bebauung aussehen könnte. Dieser Plan wurde dem Gemeinderat präsentiert. Auch die Einholung eines schalltechnischen Gutachtes war notwendig.

Um für Wohnbauzwecke geeignet zu sein, muss ein Grundstück bestimmte Voraussetzungen erfüllen. So darf der Lärmpegel am Tag 55 Dezibel, und in der Nacht 45 Dezibel, nicht überschreiten. Im Fall des Geländes Wasserberg stellt die Lärmbelastung durch die Hauptstraße und durch die Bahnstrecke ein Problem dar. Auf der Hauptstraße fahren täglich durchschnittlich 3.000 Autos, drei Prozent entfallen auf den LKW-Verkehr.

Durch die spezielle Anordnung der Wohnbauten und Parkplätze und die Aufschüttung eines Erdwalls im Bahnbereich will man das Lärmproblem bewältigen. Der zu erwartende Lärm nimmt mit steigender Höhe zu. Deshalb dürfen die neuen Wohnbauten maximal viergeschossig errichtet werden. Wahrscheinlich werden aber teilweise zusätzliche Einrichtungen, wie z.B. Lärmschutzfenster, notwendig sein.

Das Gelände bietet Platz für 250 bis 300 neue Wohnungen, das entspricht rund 500 BewohnerInnen. Der Bau soll in mehreren Etappen erfolgen. Im Süden soll eine öffentliche Parkanlage und ein Fuß- und Radweg errichtet werden.

Grün-GR Anton Hartleb bezweifelte, ob Zeltweg so viele neue Wohnungen brauche. Er meinte, die Gemeinde solle auch an die Errichtung eines Gewerbebetriebes oder an einen Schulstandort denken. DI Reissner erklärte, es sei im Sinne eines sparsamen Flächenverbrauchs sinnvoll, altes Industrieland zu nutzen, anstatt neues Grünland aufzuschließen. Die Bebauung werde sich wahrscheinlich über 15 Jahre hinziehen. Auch deshalb, weil die Wohnbaufördermittel des Landes begrenzt seien. Der Bau der Wohnungen werde sich am Bedarf orientieren, das sei auch im Interesse der Wohnbaugesellschaft, die sicherlich keine leerstehenden Wohnungen will.

Wir meinen, ein Gewerbebetrieb mitten in den bereits bestehenden Wohnanlagen wäre problematisch. Die Gemeinde ist nicht Eigentümerin der Grundstücke. Sie hat deshalb nur begrenzten Einfluss auf die Bauvorhaben, insbesondere da das Gelände im Flä-



Auf dem Gelände der Säge Wasserberg sollen längerfristig 250 bis 300 neue Wohnungen entstehen.

chenwidmungsplan bereits als Aufschließungsgebiet für „Allgemeines Wohngebiet“ ausgewiesen wurde.

Wir haben wir uns erkundigt, wie die Erstellung des Masterplans finanziert wird. Der Bürgermeister antwortete, wenn alle mitzahlen betragen die Kosten für die Gemeinde 3.000 Euro. Der Masterplan ist nicht nur im Interesse der Gemeinde, sondern auch der Grundstückseigentümer. Deshalb muss es selbstverständlich sein, dass sich alle an den Kosten beteiligen.

Wohnbautöpfe ausgeräumt
Für die Schaffung von leistbaren Wohnungen braucht es öffentliche Förderungen. Aber damit steht es nicht zum Besten.

Im Rahmen des Berichtes über die Bebauung der Wasserberger Gründe berichtete DI Günter Reissner auch, dass der öffentliche Wohnbau in der Steiermark zurückgehe. Vor 15 Jahren wurden 2.500 geförderte Wohnungen pro Jahr errichtet, jetzt seien es nur mehr 1.400. Die Zweckbindung der Wohnbaufördermittel für den Wohnbau wurde von der Regierung aufgehoben. Außerdem wurden in der Steiermark die Wohnbautöpfe entleert.

Damit wurde bestätigt, was die KPÖ schon seit langem immer wieder kritisiert. Leistbares Wohnen ist ein Menschenrecht. Trotzdem werden die Wohnungen immer teurer. Die öffentliche Hand zieht sich aus ihrer Verantwortung zurück und überlässt den Wohnungsmarkt den privaten Investoren.

**ELEKTRO
A. KÖFFEL**
GmbH

Elektrische Licht- und Kraftanlagen • Elektrogeräte • Nachtstromspeicheröfen • Blitzschutzanlagen

8740 ZELTWEG, Bahnhofstraße 59, Tel. 03577/22252
office@elektro-koeffel.at Fax: 03577/26661
www.elektro-koeffel.at

KPÖ-Sozialfonds 2017



KPÖ-Stadträtin Renate Pacher, KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler und DSA Karin Gruber.

Seitdem KPÖ-MandatarInnen in Funktionen gewählt wurden, die mit einem hohen Politikerbezug verbunden sind, liefern sie einen beträchtlichen Teil dieses Geldes in den KPÖ-Sozialfonds ab. Mit den eingezahlten Geldern werden bedürftige Menschen unterstützt. Jedes Jahr legen wir die Verwendung dieser Gelder offen.

Seit die KPÖ im Landtag ist, gibt es auch in der Obersteiermark den KPÖ-Sozialfonds. Wir führen Sozialsprechstunden durch, in denen wir von unserer Sozialarbeiterin Karin Gruber unterstützt werden. Renate Pacher: „Es gibt diese Einkommensgrenze von 2.300 Euro für die KPÖ-MandatarInnen, denn wir sind der Meinung, PolitikerInnen sollen sich mit ihrem Einkommen nicht von ihren WählerInnen abheben. Denn wie sollen sie mit riesigen Gehältern die Sorgen und Nöte der Menschen nachvollziehen können?“

Rückschläge und einige Erfolge

Der KPÖ-Sozialfonds ist oft nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. In den letzten Jahrzehnten hat sich die soziale Lage verschlechtert. Löhne, Gehälter und Pensionen sind gesunken und viele Sozialleistungen wurden verschlechtert. Dagegen versuchen wir einen zähen Abwehrkampf zu führen. Durch Hartnäckigkeit gelingt es manchmal Erfolg zu haben.

Verbesserungen bei Wohnunterstützung

Im Jahr 2016 wurde die Wohnbeihilfe von der sogenannten „Wohnunterstützung“ abgelöst. Das brachte für fast alle BeihilfenbezieherInnen Verschlechterungen. Die KPÖ hat von Beginn an dagegen protestiert, eine Demonstration organisiert und tausende von Unterschriften gesammelt. Durch diesen Druck konnten einige Verbesserungen durchgesetzt werden.

Für die Berechnung der Wohnunterstützung wurde 2016 erstmals die Kinderbeihilfe als Einkommen herangezogen. Das war ein sozialpolitischer Tabubruch, denn dieses Geld ist für die Kinder gedacht. Von dieser Verschlechter-

KPÖ-Sozialfonds 2017

Bezirk Murtal

Zinsen und Rest von 2016	69,36 Euro
Einzahlungen 2017	
LAbg. Werner Murgg	4.680,00 Euro
Summe	4.749,36 Euro

Ausgaben:

Für 128 Unterstützungsfälle:	4.715,00 Euro
Saldo: als Plus für 2018	34,36 Euro

KPÖ Sozialfonds Obersteiermark West

Seit Oktober 2005 gab es 1.909 Unterstützungsfälle, die mit einer Gesamtsumme von 112.117,87 Euro unterstützt wurden.

KPÖ-Sozialfonds steiermarkweit:

Gesamtausgaben für Sozialunterstützungen 2017: 135.283,56 Euro für 1.192 Personen.
Seit 1998 wurden 134.749 Personen mit einer Gesamtsumme von 1.951.002,38 Euro unterstützt.

Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro im Monat.

ung waren alleinerziehende Mütter besonders betroffen. Nun wurde diese besonders unsoziale Maßnahme der ÖVP/SPÖ-Landesregierung per Gesetzesänderung repariert.

Kinderfreibetrag

Ab 1. Jänner wurden bei der Berechnung der Wohnunterstützung nun Freibeträge für Kinder eingeführt. Dadurch wird die Einrechnung der Kinderbeihilfe wieder abgefedert. Die laufende Reparatur der Wohnunterstützung zeigt, wie schlecht dieses Gesetz und wie wichtig Widerstand ist.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher
 und DSA Karin Gruber

Mittwoch, 27. Juni

KPÖ-Parteheim in Knittelfeld
 Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr,
 Voranmeldung: 03512/ 82240

Steiermärkische
SPARKASSE 

In jeder Beziehung zählen die Menschen.

Syrien: Bomben bringen keinen Frieden!

Das allgemeine Gewaltverbot der UNO

„Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

Artikel 2 Nr. 4 der Charta der Vereinten Nationen

Das oben zitierte „allgemeine Gewaltverbot der UNO“ ist gültiges Völkerrecht, zu dem sich alle UNO-Mitgliedsstaaten verpflichtet haben. Es ist also illegal und gegen das Völkerrecht ein anderes Land anzugreifen, zu bombardieren, dort fremde Truppen zu stationieren oder einen politischen Umsturz zu unterstützen oder vorzubereiten.

Zu diesem allgemeinen Gewaltverbot gibt es nur zwei Ausnahmen: Im Falle der Selbstverteidigung, wobei ein Angriff auf das eigene Territorium vorliegen muss, oder es gibt ein UNO-Mandat zu einem Angriff. Im Fall von Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Jemen oder Syrien gab es kein solches UNO-Mandat. Diese Kriege waren/sind völkerrechtswidrige Angriffskriege.

Diese Tatsachen werden von unseren PolitikerInnen und in den Medien völlig unter den Tisch gekehrt. Das UNO-Gewaltverbot wurde und wird ignoriert und ausgehöhlt. Es wird so getan, als hätten einige Länder, allen voran die USA, das Recht andere Länder anzugreifen oder Regierungen zu stürzen. Das wird dann unter den Titel „Krieg gegen den Terror“ verkauft. In Wahrheit geht es um Wirtschaftsinteressen, um Einflussgebiete, Märkte und Rohstoffquellen.

Es wird auch so getan, als gehe es um die Sicherung von Menschenrechten und Demokratie. Eines der wesentlichsten Merkmale einer Demokratie ist die Rechtsstaatlichkeit. Zu dieser Rechtsstaatlichkeit gehört, dass eine Straftat bewiesen werden muss, bevor es zu einer Verurteilung und Bestrafung kommt. In Syrien ist weder geklärt, ob es einen Giftgasanschlag gab, noch - falls es einen gegeben hat - wer dafür verantwortlich ist.

Trotzdem haben die USA, Frankreich und Großbritannien Syrien ohne UNO-Mandat bombardiert. Ein Bruch des Völkerrechts und der Rechtsstaatlichkeit. Die Angriffskriege der USA mit Unterstützung einiger EU-Länder haben ganze Regionen in Chaos gestürzt. Millionen von Toten, unvorstellbare Zerstörung, Not, Flüchtlingsströme, Hass und Fanatismus sind die Folgen. In all den Regionen, in denen die USA, die NATO und die EU eingefallen sind, herrscht jetzt Gewalt, Anarchie und Elend.

Es ist höchste Zeit für Frieden, Abrüstung und die Einhaltung des UNO-



Gewaltverbotes die Stimme zu erheben. Die jetzigen Entwicklungen könnten sich zu einem Weltbrand ausweiten. **Wir leben mit dem Flughafen Zeltweg mitten in einer Militärregion. Es geht auch um unsere Zukunft.**

Die Syrische Tragödie

Syrien war im Lauf seiner Geschichte oft Spielball fremder Mächte und Interessen. Die Region ist zum Teil wasserreich und fruchtbar, es gibt Öl und Syrien ist auch auf Grund seiner geostrategischen Lage bedeutend.

Noch bis vor einigen Jahren war Syrien ein aufstrebender Wirtschaftsraum. Die Regierung verfolgte einen eher neoliberalen Wirtschaftskurs mit einer Öffnung der Märkte für die Türkei und die EU. Das brachte einem Teil der Bevölkerung einen Aufschwung. Aber die ländliche Bevölkerung und die traditionellen Handwerksbetriebe, die mit den ausländischen Waren nicht konkurrieren konnten, verarmten.

Dann entschloss sich die syrische Regierung ein Freihandelsabkommen mit der EU, das unter anderem die Privatisierung des Wassers vorsah, doch nicht zu unterzeichnen. Außerdem entschied man sich eine Pipeline, an der Katar und der Westen interessiert sind, die aber Russland wirtschaftlich geschadet hätte, nicht zu bauen. Danach wurde alles anders.

Innere Unruhen, die sicher auch auf Grund vorhandener Missstände entstanden sind, wurden instrumentalisiert. EU, USA, die Türkei, Saudi Arabien, Katar und andere Staaten unterstützen die Opposition. Riesige Mengen an Waffen, Geldmittel und ausländische Kämpfer wurden in die Region geschleust. Das Ergebnis ist ein jahrelanger Bürgerkrieg, der längst zu einem „Stellvertreterkrieg“ geworden ist.

Die Regierung Assad ist die legitime, von der UNO anerkannte Regierung Syriens. Die Angriffe gegen Syrien sind gegen das Völkerrecht. Syrien ist eines der letzten säkularen Länder in der Region. Ein gewaltsamer Umsturz würde die ganze Region ins Chaos stürzen. Es ist allein die Sache des syrischen Volkes über seine Zukunft zu entscheiden. Wer das nicht respektiert und von außen interveniert riskiert einen Flächenbrand, der sich zu einem Weltkrieg ausweiten könnte.

Aus dem Gemeinderat

Kinder und Jugendliche wieder fit machen

Die Direktorin der Zeltweger Volksschule, Frau Beate Dolschek, ist an die Gemeinde herangetreten, das Projekt „Prävention 2020 - Kinder und Jugendliche werden wieder fit gemacht“ zu unterstützen.

Frau Dir. Dolschek berichtete, dass in ihrer über 30-jährigen Berufserfahrung leider festzustellen sei, dass die Kinder von Jahrgang zu Jahrgang weniger Bewegungserfahrung mitbringen.

Nun wurde von der Firma Kiwaski GmbH ein Projekt entwickelt, das die Kinder in Richtung Sport und Bewegung fördern soll. Das Programm soll sich über drei Jahre erstrecken und den Lehrkräften eine Fortbildung ermöglichen, um das Programm auch zukünftig selbstständig im Sportunterricht umsetzen zu können. Zielgruppe sind die SchülerInnen der Volksschule und einige Kinder aus dem Kindergartenbereich.

Die Kosten des Projektes für drei Jahre belaufen sich auf 57.600 Euro. Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Einsparungen Versicherungen

Für die Fahrzeuge des Bauhofes und zwei Anhänger der Feuerwehr wurden die Versicherungsverträge neu ausgehandelt. Dadurch ergibt sich eine Einsparung von rund 650 Euro im Jahr.

Sanierung Friedhofsmauer

Die westliche Friedhofsmauer, die an die Firma Mondi angrenzt, ist sehr desolat. Im Zuge des Firmenzubaus von Mondi hat die Gemeinde von der Baufirma ein Anbot zur Mauersanierung eingeholt. Die Kosten belaufen sich auf rund 4.800 Euro.

Die Termine der nächsten Gemeinderatssitzungen:

Donnerstag, 28.06.2018, 16.00 Uhr

Donnerstag, 27.09.2018, 16.00 Uhr

Donnerstag, 13.12.2018, 16.00 Uhr

Gemeinderatssitzungen sind für Interessierte öffentlich zugänglich

Ing. Rudolf Pichler
Mitterweg 2 - 8740 Zeltweg

ING. PICHLER e.U.
DIENSTLEISTUNGEN

- TEXTILDRUCK-
-Chauffeurdienste-

Generalplanung Schulumbauen

Die Arbeiten eines Generalplaners für den Umbau der Volksschule und den Neuen Mittelschule musste auf Grund der Größe des Auftrages EU-weit ausgeschrieben werden. Der Auftrag ging an die Bestbietergemeinschaft Reitmayer Architekten. Die Auftragssumme beträgt rund 880.200 Euro. Die Leistungen der Generalplanung umfassen Architektur, örtliche Baufsicht, Einrichtungsplanung, Tragwerksplanung, HKLS und Elektroplanung, die Bauphysik sowie die Planungs- und Baustellenkoordination.

Zeltweger NACHRICHTEN

Herzlichen Dank! Einige ZeltwegerInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. Wir bedanken uns herzlich. Der Druck und das Porto unserer Zeitung kosten viel Geld. Wenn Sie der Meinung sind, durch unsere Zeitung gut informiert zu werden, ersuchen wir Sie um eine Spende.

Unsere Bankverbindung:
Steiermärkische Sparkasse,
IBAN: AT052081526000000617



kinderland
Steiermark

FERIENLAND
2018

SOMMERHITS

KOMM MIT INS FERIENLAND



FÜR FERIENKIDS

1-2 ODER 3

Wochen möglich!

für Kinder im Alter
von 6 bis 15 Jahren

Feriendorf Turnerseel

8. Juli - 11. August

Infos unter:
www.kinderland-steiermark.at

Information und Anmeldung:

Brigitte Krivec: 0650/3833972

Erika Friesacher: 03577/22529